

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 646 ppbn d

Inhalt

Hans Apel MdB, Bundesminister der Verteidigung, erinnert daran, daß die Bundesrepublik vor 25 Jahren der NATO beigetreten ist: verlässliche Partner.

Seite 1/2

Carsten D. Voigt MdB kritisiert, daß die Max-Planck-Gesellschaft das Institut von Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker schließt: Mißtrauen gegen Friedensforscher.

Seite 3/4

Egon Lutz MdB untersucht die Arbeitsmarktdaten des April 1980: Keine üppigen Blüten auf dem Arbeitsmarkt.

Seite 5

SPD-Fraktionssprecher Knut Terjung bedauert den "Stimmenwirrwarr der Union" in der Beurteilung der Kanzler-Reise nach Moskau.

Seite 6/7

Dokumentation

Thesen von Uwe Holtz MdB zur Internationalen Konferenz "Wissenstransfer - Dialog und Fortbildung in einer gemeinsamen Zukunft".

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 10B-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 86

6. Mai 1980

Verlässliche Partner

Vor 25 Jahren trat die Bundesrepublik der NATO bei

Von Dr. Hans Apel MdB
Bundesminister der Verteidigung

Vor 25 Jahren trat die Bundesrepublik Deutschland der NATO bei. Sie ist damit Partner in einem Bündnis geworden, in dem 15 Nationen sich zur Sicherung des Friedens zusammengeschlossen haben. Seither hat es manche Krise gegeben, die den Bestand des Bündnisses zu bedrohen schien, alle Partner aber haben im Interesse ihrer Sicherheit die Fortsetzung der Zusammenarbeit gewährleistet.

Heute ist der politische und militärische Zusammenhalt in der NATO fester als zuvor. Den Bündnispartnern ist deutlich, daß es eine nationale Sicherheit, die sich lediglich auf die eigenen Möglichkeiten verläßt, angesichts der politischen und militärischen Situation in Europa, nicht geben kann. Kein Land in Westeuropa könnte aus eigener Kraft die eigene Existenz sichern, ohne den amerikanischen Beistand wäre Europa politischem Druck und politischer Erpressung ausgeliefert. Umgekehrt verteidigen die Vereinigten Staaten und Kanada durch ihre Präsenz in Europa ihre eigenen Interessen in der Kräftebalance zwischen Ost und West.



Ein wesentliches Element für den Fortbestand dieses Bündnisses aus 15 souveränen Staaten ist der Konsultationsprozeß zwischen den Partnern ohne Ansehen der Größe. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Es gibt keine Mitgliedschaft unterschiedlichen Ranges. Jeder Bündnispartner hat nach seinen Kräften zu den gemeinsamen Anstrengungen beizutragen, das gilt für die politische Willensbildung wie für die militärische Koordination. Dazu gehört das Prinzip der Arbeitsteilung, die entsprechend den nationalen Eigenarten und entsprechend den militärischen Kräften der einzelnen Partner im Bündnis verabredet wird. Veränderungen, die sich durch neue politische Herausforderungen ergeben, wird nach Beratungen zwischen den Bündnispartnern gemeinsam begegnet.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein verlässlicher Partner im Bündnis. Sie stellt mehr als die Hälfte der Landstreitkräfte der NATO in Europa. Ausrüstung und Ausbildung der 495.000 deutschen Soldaten können sich sehen lassen. Gegenwärtig wird das Heer umgegliedert, so daß die Einheiten besser geführt werden können und eine höhere Präsenz gewährleistet ist. Zugleich rüstet die Bundeswehr auf moderne Waffen um. Die Einheiten von Heer, Luftwaffe und Marine arbeiten eng mit den Verbündeten zusammen, die Truppen in der vordersten Linie der NATO auf deutschem Territorium stehen haben, allein 200.000 amerikanische Soldaten tun in unserm Land Dienst, darüber hinaus Soldaten aus Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Großbritannien, Kanada und Frankreich.

Der Schutz und Rückhalt im Bündnis hat unser Land vor Druck und Erpressung geschützt. Auf dieser Basis konnte die Bundesregierung ihre Entspannungspolitik verwirklichen. Gesicherte Verteidigungsfähigkeit und die Fortsetzung der Entspannungspolitik werden auch in der Zukunft die Voraussetzung dafür sein, daß der Frieden in Europa sicher bleibt.

(-/6.5.1980/ks/ca)

+ + +



Mißtrauen gegen Friedensforscher

Max-Planck-Gesellschaft schließt ungeliebte "Denkfabrik"

Von Karsten D. Voigt MdB

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit

Das von Professor Carl Friedrich von Weizsäcker gegründete Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich technischen Welt in Starnberg wird am 30. Juni dieses Jahres zugleich mit der Emeritierung Weizsäckers geschlossen. Das Hauptargument der Max-Planck-Gesellschaft, deren Senat diese Entscheidung kürzlich getroffen hat, daß nämlich für Weizsäcker kein geeigneter Nachfolger gefunden worden sei, ist wenig stichhaltig und verdeckt nur dürftig die Tatsache, daß eine ungeliebte wissenschaftliche Einrichtung aufgelöst wird.

Mit diesem Beschluß geht ein zehnjähriges Experiment zu Ende, das zwar auf die Person des Physikers und Friedensforschers Carl Friedrich von Weizsäcker zugeschnitten war, aber eben auch der erste Versuch, in der Bundesrepublik eine Art "Denkfabrik" nach amerikanischem Modell zu schaffen, die langfristige gesellschaftliche Entwicklungen beobachtet und nach Lösungen sucht. Darauf waren auch die Schwerpunkte der Institutsarbeit ausgerichtet:

- der Mensch in der neuen durch Technologie und Informatik geprägten Gesellschaft,
- Konzepte für eine glaubwürdige Verteidigung, die nicht nur vom Denkansatz, sondern auch in der Durchführung "Verteidigung" deutlich macht,
- die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft,
- eine alternative Sicht des Problemfeldes Dritte Welt, nämlich der Versuch, zu Lösungen aus den Bedürfnissen der Entwicklungsländer selbst zu kommen.

Kritik an der Arbeit des Instituts kann nur der üben, der ausschließlich kurzfristig Ergebnisse erwartet. Ein solcher Maßstab war aber unzureichend. Zum einen kann man nicht erwarten, daß sich in wenigen Jahren wissenschaftliche Methoden durchsetzen, die in Amerika über Generationen hinweg gewachsen sind, vor allem nicht, wenn sich solche Methoden in einer verständnislosen, ja fast feindseligen Umwelt bewähren sollen. Zum anderen sind nicht allein Lösungen für Einzelprobleme, die morgen schon überholt sein können, entscheidend für die Arbeit eines solchen Instituts, sondern der Versuch, auf



traditionelle Denkgewohnheiten Einfluß zu nehmen. Der Versuch solcher Einflußnahme ist aber in Deutschland schon immer etwas gewesen, was mit tiefem Mißtrauen betrachtet wird.

Man geht also kaum fehl in der Annahme, daß das Unbehagen, daß die Starnberger mit ihrem Nachdenken ausgelöst haben, die eigentliche Ursache für die Auflösung des Instituts ist. Und sicher ist es auch kein Zufall, daß zeitgleich die ebenfalls vor zehn Jahren - auf Initiative von Gustav Heinemann - gegründete Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die ihrerseits alternative, innovative und kritische Untersuchungen fördert, unter Beschuß geraten ist. Der Austritt der Bundesländer Bayern und Niedersachsen aus dieser Gesellschaft ist ähnlich motiviert wie der Beschluß der Max-Planck-Gesellschaft, das Starnberger Institut zu schließen.

Es ist nur ein geringer Trost, wenn sich jetzt die Hoffnungen auf das Wissenschaftszentrum Berlin, das ebenfalls in Berlin in Aufbau befindliche "Zentrum für internationale wissenschaftliche Begegnung" und die Friedensforschungsinstitute in Frankfurt und Hamburg richten. Die Vorgänge um das Starnberger Institut und die DGFK lassen nämlich befürchten, daß hierzulande solche Einrichtungen politisiert und damit den Wechselfällen parteipolitischer Koalitionen ausgeliefert werden. Das aber ist die denkbar schlechteste Perspektive für einen Wissenschaftler, der sich mit langfristigen Entwicklungen befassen will. Dabei brauchen die Politik und vor allem das Parlament, die zwangsläufig auf Druck der Ereignisse von der Hand in den Mund leben müssen, dringend auch Institutionen, die langfristig Perspektiven beobachten und deuten.

Es bleibt noch zu wünschen und zu hoffen, daß die verschiedenen Wissenschaftlergruppen des Instituts auch nach seiner Auflösung anderenorts weiterarbeiten können, auch wenn sie dem umfassenden Anspruch, der in der Bezeichnung des Instituts lag, dann nicht mehr gerecht werden können.

(-/6.5.1980/ks/ca)

+ + +



Keine üppigen Blüten auf dem Arbeitsmarkt

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monat April 1980

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Nachdem die Wintereinflüsse beseitigt, die Zahlen saisonbereinigt, zeigt der Arbeitsmarkt, daß die konjunkturellen Antriebskräfte in der Bundesrepublik schwächer geworden sind. Trotzdem kann eine stetige Abnahme der Arbeitslosenzahlen vermeldet werden.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ging im April um 50.500 oder 5,8 Prozent auf 825.400 zurück. Das sind im Vergleich zum April des Vorjahres 5,7 Prozent weniger Stellungsuchende. Die neue Quote lautet 3,6 Prozent.

Bedingt durch den Frühjahrsaufschwung der Außenberufe konzentrierte sich der Abbau der Arbeitslosigkeit besonders auf den Teilarbeitsmarkt der Männer. Hier verringerte sich die Zahl um 45.300 oder 10 Prozent, während bei den Frauen nur ein bescheidener Rückgang von 5.200 oder ein Prozent zu verzeichnen ist.

Das Niveau der Zahlen der offenen Stellen blieb nahezu stabil. Der Bestand der offenen Stellen belief sich Ende April auf 345.000, 8.900 oder 2,6 Prozent mehr als am Ende des Vormonats. Das Niveau des Vorjahres wurde um 32.700 oder 10,4 Prozent übertroffen.

Die klassischen Problemgruppen des Arbeitsmarktes zeigen weiterhin ein erfreuliches Bild.

Bei den Stellungsuchenden unter 20 Jahren verringerte sich die Zahl im Monat April um 7.800 oder zwölf Prozent auf 58.700. Das entspricht im Vergleich zum Jahre 1979 einem Rückgang von zehn Prozent. Dieser Rückgang gilt für Männer und Frauen gleichermaßen.

Die Zahl der älteren Arbeitsuchenden nahm im April um 400 auf 64.300 ab. Trotzdem übertrifft diese Zahl den vergleichbaren Vorjahresstand noch immer um zwölf Prozent. Positiv belibt in diesem Zusammenhang, daß sich der Anstieg der Arbeitslosen in diesem Teil des Arbeitsmarktes allmählich abschwächt.

Ähnliches ist vom Teilarbeitsmarkt der Schwerbehinderten zu berichten. Hier wurde der Vorjahresstand um 5.300 oder neun Prozent übertroffen. Allerdings muß hier in Rechnung gestellt werden, daß diese Zahl im Zusammenhang mit der neuen Gesetzgebung im Schwerbehindertenbereich gesehen werden muß. Die Zahl der Arbeitnehmer, die den Schwerbehindertenstatus erhalten, nimmt immer noch zu.

Auf den beruflichen Teilarbeitsmärkten sind die Zahlen erwartungsgemäß "positiv normal".

Im Bereich der Bauindustrie ging die Zahl der Arbeitslosen um 34 Prozent oder 15.600 zurück. Hier berücksichtigt werden, daß der Baumarkt seinen vorgezogenen Einstellungsboom bereits im Februar hatte. Der Bestand der Arbeitslosen liegt hier bei 30.700.

Auf dem Sektor der Metall- und Elektroberufe bleibt der positive Trend erhalten. Saisonüblich nahm die Zahl um 6.200 oder fünf Prozent ab. Das sind runde 12 Prozent weniger als im Vorjahr.

In den Büro- und Verwaltungsberufen sowie bei den Warenkaufleuten hielt sich der Anstieg, bedingt durch die Kündigungen zum Quartalsende, in üblichen Grenzen. Ende April gab es 194.400 Arbeitslose, immerhin sieben Prozent weniger als vor Jahresfrist.

Fazit: Der "normale" Arbeitsmarkt könnte den Politiker dazu veranlassen, sich bequem zurückzulehnen und abzuwarten. Große Gesetzesvorhaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, etwa vergleichbar mit der Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes, sind nicht in Sicht. Konjunkturelle Probleme sind eher den wirtschaftspolitischen Fachleuten überlassen. Trotzdem: Noch immer gibt es Teilarbeitsmärkte, die als Problemgruppen gesehen werden. Die Verantwortlichen sollten sich mit diesem Attribut auf Dauer nicht zufrieden geben. Ein Gewöhnungseffekt darf hier nicht eintreten. Wir sollten weiter das Gespräch mit allen Verantwortlichen suchen, Anregungen aufnehmen und gesetzessinitiativ werden.

Arbeitsmarktpolitik scheint kein Ruhelassen zu sein.

+ + +

(-/6.5.1980/bgy/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

Mit Hoppeln und Springen

Zick-Zack-Kurs der Opposition zum Thema Kanzler-Reise nach Moskau

Von Knut Terjung

Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Spitzen der CDU/CSU sind nicht richtig beleinander. Wer sich dieser Tage darüber orientieren will, wie denn die Opposition eine mögliche Reise des deutschen Bundeskanzlers nach Moskau beurteilt, sieht sich in einen Irrgarten geschickt. Was CDU- und CSU-Politiker dem klaren Positionen suchenden Bürger mit ihrem Hoppeln und Springen, mit ihren Windungen bis hin zu Kehrtwendungen um 180 Grad zumuten, spottet jeder Beschreibung, zeigt die Opposition in chaotischer Verfassung.

Wem wollte angesichts dieses Stimmenwirrwarrs die "Union" den Eindruck verdenken, bei CDU und CSU handele es sich nicht um ein Aktionsbündnis von zwei Parteien, sondern ausschließlich um einen Wahlverein von Straußens Gnaden? Inhaltliche Aussagen werden nicht aufgezeigt, das Programm heißt schlicht und "ergreifend": Franz Josef Strauß.

Sozialdemokraten haben sich klar und eindeutig geäußert. Das Präsidium der SPD hat sich am 22. April dafür ausgesprochen, "daß Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seinen Gesprächen mit dem Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis westlicher Beschlüsse vertreten wird. Der Besuch kann in einer schwierigen internationalen Lage zu einer Beruhigung beitragen, die nicht nur für die beiden Länder wertvoll wäre".

Die Gewerkschaften haben das Interesse der Menschen in unserem geteilten Land durch den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr klar zum Ausdruck gebracht. Muhr hat am 1. Mai an die Verantwortlichen appelliert: "Sprecht miteinander - spricht miteinander - um des Friedens willen... Wir haben dem Bundeskanzler dafür zu danken, daß er im Bewußtsein unserer Verpflichtung zum Frieden gesprochen und gehandelt hat, daß er und seine Regierung an der Entspannungspolitik festhalten. Wir erwarten mit ihm, daß er sein Wort auch in Moskau geltend machen kann, und wir hoffen, daß er Verständigungsbereitschaft findet."

Und "die" Opposition? Kein einheitliches "Ja", keine Alternativen - stattdessen: Eine Palette von "Ja" über "Ja, aber" - "So nicht" - "Jetzt nicht" - "Njein" bis zum "Nein" - wie gehabt. Kein Tag, an dem nicht Widersprüchliches verlautet. Nicht nur, daß sich CSU und CDU auseinanderliefen, nicht nur, daß sich Herr Strauß und seine innigsten Polit-Freunde Zimmermann und Stoiber in dieser Frage gegeneinander stehen, der Kandidat ist nicht mal eins mit sich selbst.

Am 19. April gab Strauß in "BILD" zu Protokoll:

"Ich bin aber der Meinung, daß er jetzt nicht fahren soll... Zur Zeit sollten einzelne Staatsmänner des Westens überhaupt nicht mit Breschnew verhandeln."

Zwei Wochen später der gleiche Herr Strauß im "Bayerischen Rundfunk" - am 3. Mai 1980 - "Aus erster Hand" befürwortend:

"Es ist sicherlich nützlich, mit der Sowjetunion zu reden... Helmut Schmidt muß, bevor er nach Moskau fährt ..., sich mit den Westmächten abstimmen."

Daß Strauß sich selbst als Breschnew-Gesprächspartner jederzeit zur Verfügung hält, hat er in zahlreichen Interviews immer wieder reklamiert. So auch in einem Interview der "associated press". Die Agentur meldete am 7. März 1980:



"Strauß sagte auf eine entsprechende Frage, er wäre natürlich bereit, mit Breschnew über die internationale Lage zu sprechen. Er habe sich zwar nie um eine Einladung in die Sowjetunion bemüht, würde sie aber jederzeit, auch in Zukunft, annehmen."

Noch einmal zurück zu dem Zeitpunkt, als Strauß den Kanzler "dringend warnte", nach Moskau zu reisen. Da antwortete der stellvertretende CDU-Vorsitzende Dr. Alfred Dregger - am 17. April 1980 - dem Reporter der "Tagesthemen" des Deutschen Fernsehens auf die Frage: "Also ein 'Ja' der Union zu dieser Reise?" mit einem eindeutigen:

"Ja."

Und er begründete dies mit den Worten:

"Die politische Lage in der Welt ist so gefährlich, daß jede realistische Chance zur Friedenssicherung genutzt werden sollte."

Eine Woche später sah sich derselbe Herr Dregger gezwungen, seine klare Aussage wieder zu verwässern. Am 26. April 1980 machte er eine Kurve, relativierte sich selbst in einem Interview mit der Mainzer "Allgemeinen Zeitung":

"Soweit dem Bundeskanzler geraten worden ist, die Einladung nach Moskau anzunehmen, ist das nicht ohne Befürchtungen und nicht ohne Vorbehalte geschehen. In diesen Befürchtungen und Vorbehalten stimmen alle Unionspolitiker überein."

Nun wieder einen Sprung vorwärts - zu genau dem Tag, an dem der Kanzlerkandidat der CDU/CSU offenbar eine Schmidt-Reise befürwortet. Da widerspricht ihm - am 3. Mai 1980 - sein Bonner Statthalter Dr. Zimmermann in einem Interview mit "BILD":

"Frage: Bundeskanzler Schmidt will bei seinem Moskau-Besuch verlangen, daß die Sowjets ihre Truppen aus Afghanistan abziehen. Wird die CDU/CSU jetzt die Kanzler-Reise unterstützen?"

Zimmermann: Nein. Eine Reise des Kanzlers nach Moskau wird ein schwarzer Tag für den Westen sein."

Und der CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber assistiert Herrn Zimmermann gegen Strauß am 2. Mai in einem Interview mit dem "Deutschen Depeschen Dienst":

"Die Umstände und Hintergründe der Reise erscheinen für die CSU sehr dubios."

ddp überschreibt dieses Interview mit: "Stoiber warnt Schmidt vor Moskau-Reise."

Auch der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl stellt sich in Widerspruch zu neuerlichen Strauß- und vormaligen Dregger-Außerungen. Gegenüber den "Westfälischen Nachrichten" sagt Kohl am 1. Mai 1980:

"Was die Reise angeht, muß ich fragen: Nützt sie oder schadet sie? Und da bin ich unter den gegebenen Umständen der Überzeugung, daß eine Moskau-Reise des Bundeskanzlers in der jetzigen Situation schädlich ist."

Ganz schlau verhält sich demgegenüber der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx. In einem Interview mit dem "Deutschen Depeschen Dienst" sagt Marx am 2. Mai 1980:

Er überlasse es dem Kanzler, ob er "aus seiner eigenen Verantwortung, die in der Sache eine sehr ausgewogene sein muß", den Augenblick jetzt für richtig halte, nach Moskau zu reisen.

In der Tat - dieser Stimmenwirrwarr ist auf keinen Nenner zu bringen, spottet jeder Beschreibung. Er dokumentiert erneut, daß diese Opposition zu klarer kontinuierlicher Politik außerstande ist.

(-/6.5.1980/ks/ru)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



+ + +

D O K U M E N T A T I O N

Aus Anlaß ihres 20jährigen Bestehens hat die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung zu einer internationalen Konferenz mit dem Thema "Wissenstransfer - Dialog und Fortbildung in einer gemeinsamen Zukunft" eingeladen, die gegenwärtig in Berlin stattfindet. Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des entwicklungspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Uwe Holtz, trägt auf dieser Parlamentariertagung heute folgende Thesen vor:

Nicht nur genutzt, sondern auch geschadet

1. Die bisherige Methode weitgehend unangepaßter und einseitiger Übernahme des Wissens und Könnens der Industrieländer durch die Entwicklungsländer hat den Entwicklungsländern bisher vielfach nicht den erhofften Nutzen gebracht, sich teilweise sogar als schädlich erwiesen. Sie verlängerte oder verstärkte die wirtschaftliche und intellektuelle Abhängigkeit der Entwicklungsländer und führte zu einer unausgeglichenen Entwicklung. Sie schnitt ferner die Industrieländer vom Wissen und Können der Entwicklungsländer ab, beispielsweise im Bereich der Nutzung der Solarenergie.
2. Dies hat seinen Grund einmal in einer nicht ausreichenden Planungs- und Organisationsfähigkeit vieler Staaten, die eng mit einer unzureichenden Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Technologie zusammenhängt.
3. Dies beruht aber häufig auch auf einer fast ausschließlich an wirtschaftlichen Meßdaten orientierten Politik, die Fragen der sozialen, ökologischen, psychologischen und kulturellen Entwicklung weitgehend außer Acht läßt.
4. Auch trugen die Industrieländer im Rahmen ihrer bilateralen und multilateralen Entwicklungspolitik den Fortbildungswünschen der Entwicklungsländer, die Organisation und Management der Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Erziehung betrafen, in zu geringem Umfang Rechnung. Sie setzten auch ihr fast unerschöpfliches wissenschaftliches Reservoir nicht ausreichend für diese wichtigen Aufgaben ein.
5. Schließlich ist zu sehen, daß in allen Staaten der Welt zunehmend Wissens-, Entscheidungs- und Organisationsprobleme im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich auftreten, die mit den traditionellen Steuerungstechniken nicht mehr zu bewältigen sind. Die Bevölkerungen in Industrieländern wie auch in Entwicklungsländern werden unter anderem angesichts der Ressourcenknappheit in der Welt auf neue Weise immer mehr zu "lernenden Gesellschaften".
6. Dies zu ändern liegt im Interesse sowohl des Nordens als auch des Südens, die die drängenden Probleme der Zukunft gemeinsam bewältigen müssen. Der Bericht der Nord-



Süd-Kommission weist zu Recht auf die in steigendem Maße gemeinsamen Interessen von Nord und Süd hin. Diese Gemeinsamkeiten sind unter anderem auszumachen in den Bereichen von Energie, Rohstoffen und Handel, der Finanzierung von Projekten und Programmen, von technologischen Neuerungen und Problemen der Kommunikation. Sie erfordern eine Veränderung der Art, in der man zusammenarbeitet.

7. Hierfür bedarf es einer Stärkung der Wissenschaft und Technologie sowie der Organisations- und Planungsfähigkeit der Entwicklungsländer, damit sie einen eigenständigen Weg der Entwicklung finden und gehen und ihre sowie die gemeinsamen Probleme aus eigener Kraft und als gleichberechtigte Partner lösen können.
8. Aufgabe der Parlamentarier im Norden wie im Süden ist es, im Rahmen ihrer Befugnisse und Möglichkeiten auf die Inangriffnahme und Durchführung der notwendigen Maßnahmen hinzuwirken.
9. Zur Stärkung der wissenschaftlich-technologischen Kapazitäten der Entwicklungsländer ist vor allem Hilfestellung bei der Formulierung und Implementierung nationaler Wissenschafts- und Technologiepolitiken zu leisten sowie Hilfe beim Auf- und Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Technologie zu gewähren.
10. Die Industriestaaten haben ihr Wissenspotential im Bereich der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen verstärkt auf die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer auszurichten und es hierfür zu nutzen. Verstärkt sollten Technologievermittlungszentren geschaffen werden.
11. Im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit sollten Schwerpunktbereiche wie die Verwaltungs-, Organisations-, Planungs- und Managementkapazitäten und die sozio-kulturelle Dimension in der Entwicklungspolitik verstärkt gefördert werden. Besonderer Wert ist auf den fachbereichsadäquaten Einsatz von Fachkräften der Entwicklungsländer zu legen, die in Industrieländern ausgebildet worden sind.
12. Eine besondere Bedeutung kommt auch der Unterstützung der Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander in den genannten Bereichen zu.
13. Vor allem tut aber ein Umdenken in der Entwicklungspolitik not; eine neue, alternative Entwicklungsstrategie ist erforderlich, in die sich auch der Wissens- und Technologiebereich einzufügen hat. Sie sollte folgende vier Elemente umfassen:
 - Die alternative Entwicklungsstrategie muß sich konzentrieren auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse sowohl im materiellen als auch immateriellen Bereich,
 - sie muß "self-reliant" sein, und die eigenen Kräfte müssen mobilisiert werden,
 - sie hat in Harmonie mit der Umwelt zu erfolgen,
 - sie erfordert Strukturveränderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, im Denken und Handeln sowohl in den Industrie- als auch den Entwicklungsländern.

(-/6.5.1980/ks/ru)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

